

# SPD-Bundestagsfraktion

## AG Haushalt

7. Juli 2010

### Kurzbewertung des sog. Sparpakets der Bundesregierung

#### Maßnahmen

#### Bewertung

		<u>in Mrd. Euro</u>				
		2011	2012	2013	2014	
1	Abschaffung von Energiesteuervergünstigungen	1,0	1,5	1,5	1,5	Gesetzliche Regelung steht noch aus.
2	Luftverkehrssteuer	1,0	1,0	1,0	1,0	Gesetzliche Regelung steht noch aus. Abgesehen davon wird die Steuer das Reisen per Flugzeug verteuern, ohne dass von ihr eine ökologische Steuerungswirkung ausgeht (keine Re-Investition in den Klimaschutz). Sinnvoll wäre die Besteuerung von Kerosin, nicht von Urlaubsreisen.
3	Steuerlicher Ausgleich der Kernenergiewirtschaft	2,3	2,3	2,3	2,3	Gesetzliche Regelung steht noch aus. Zusatzgewinn aus Laufzeitverlängerungen würden damit nur zu einem geringen Teil abgeschöpft.
4	Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzmarktkrise		2,0	2,0	2,0	Angestrebt wird die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer, obwohl schon innerhalb der Eurogruppe zahlreiche Differenzen bestehen. Machbarkeit ohne Großbritannien mehr als fraglich, Einführung mind. in 2012 sehr unwahrscheinlich.

5	Wiedereinführung des Fiskusprivilegs im Insolvenzverfahren	0,5	0,5	0,5	0,5	Staatliche Vorrechte machen die Sanierungschancen insolventer Firmen zunichte und vernichten Arbeitsplätze. Als Systembruch des Insolvenzrechts zudem sehr klageanfällig.
6	Bahndividende	0,5	0,5	0,5	0,5	Der Bahn werden Mittel entzogen, die sie für Investitionen z.B. ins Schienennetz oder moderne Züge dringend braucht. Bahn fahren wird für die Bürger teurer. Investitionen in Bahnhöfe fallen aus.
7	Ersatz Pflicht- durch Ermessensleistungen (SGB II + SGB III)  <i>nachrichtlich:</i>	2,0	4,0	5,0	5,0	Der Kern der Arbeitsmarktreformen war: Fordern – und fördern! Arbeitsuchende erhielten einen Rechtsanspruch auf Fördermaßnahmen und Vermittlung, der nun vollständig zerstört wird. Die Bundesagentur bezweifelt übrigens erheblich, ob die geplanten Einsparungen realisiert werden können. Geschätzt werden allenfalls 100 bis 150 Millionen Euro an machbaren Einsparungen. Daher: Luftbuchung!
	- Einsparungen beim Bund	0,5	1,5	2,0	2,0	Das betrifft allein Empfänger von ALG II. Bei dieser Einsparsumme ist eine erhebliche Streichung von Förderprogrammen zu erwarten.
	- Einsparungen BA	1,5	2,5	3,0	3,0	
8	Abschaffung befr. Zuschlag ALG II	0,2	0,2	0,2	0,2	Wer lange einbezahlt hat, hat auch einen längeren Übergangszeitraum verdient, in dem er sich neu orientieren kann. Sparmaßnahme kündigt soziale Gerechtigkeit für die auf, die lange hart gearbeitet haben.
9	Abschaffung Zuschuss an Rentenversicherung bei ALG II	1,8	1,8	1,8	1,8	Großer Verschiebbahnhof! Der Rentenversicherung wird jetzt Geld entzogen, das sie jetzt dringend braucht, langfristig werden ALG II- Empfänger ohne Rentenansprüche, Anwartschaften und ohne Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos gestellt. Diese Regelung provoziert mehr Altersarmut und Grund-

						sicherung im Alter. Zudem fallen Ansprüche auf medizinische Rehabilitation weg, ebenso ein Anspruch auf die geförderte Altersvorsorge („Riester-Rente“).
10	Wegfall Erstattungen einigungsbedingte Leistungen an die Rentenversicherung (§ 291c SGB VI)	0,3	0,3	0,2	0,2	Auch hier Lastenverschiebung auf die Rentenversicherung („Merkel macht den Helmut Kohl“). Die jährlichen Mindereinnahmen der Rentenversicherung betragen für diese beiden Maßnahmen zusammen etwa 0,2 Beitragspunkte!
11	Effizienzverbesserungen bei der Arbeitsmarktvermittlung bei SGB II			1,5	3,0	Effizienz lässt sich zwar immer verbessern. Da die Verbesserungen am Arbeitsmarkt bereits an anderen Stellen im Haushalt und der Finanzentwicklung der Bundesagentur für Arbeit „eingepreist“ sind, kann hier nur ein massives Zusammenstreichen der Förderprogramme für ALG II- Empfänger gemeint sein - oder eine Reduzierung der Anzahl der Vermittler in den Jobcentern. Außerdem: Die Eingliederungsleistungen werden bereits 2011 um 1,3 Mrd. Euro gesenkt.
12	Abschaffung Elterngeld bei ALG II	0,4	0,4	0,4	0,4	Das Elterngeld für ALG II- Empfänger war gerade nicht als Lohnersatzleistung gedacht, die Argumentation der Regierung ist hier grundfalsch! Das „kleine Elterngeld“ für ALG II- Empfänger ist systematisch ein eigenes Familienförderinstrument. Die Streichung belastet gerade die schwachen, konsumfreudigen Schichten der Bevölkerung: Also sozial höchst ungerecht und ökonomisch falsch!
13	Begrenzung des Elterngeldes	0,2	0,2	0,2	0,2	Familie ist entgegen den Lippenbekenntnissen der Familienministerin der schwarz- gelben Koalition einfach weniger wert als Hoteliers: Eine sehr kleine <i>Entlastung</i> des Bundeshaushalts, aber eine sehr große <i>Belastung</i> für betroffene Familien mit Kindern.
14	Wohngeld (Streichung Heizkostenzuschuss)	0,1	0,1	0,1	0,1	Verschiebeparkplatz! Geringverdiener und zahlreiche Rentner sollten durch den verbesserten Wohngeldbezug aus ALG II-

						Aufstockungsleistungen herausgeholt werden – nun wird das Rad zurückgedreht. Übrigens: Es wird nicht nur der Heizkostenzuschuss gestrichen, auch das Wohngeld wird im Haushaltsentwurf 2011 um etwa 200 Mio. Euro gekürzt!
15	Zusätzlicher Steuerzuschuss GKV	-2,0				Auch der Bundeshaushalt hat seinen Teil für das Versagen von Bundesminister Rösler zu tragen.
16	Streitkräftereform			1,0	3,0	Luftbuchung, da bisher weder Struktur noch Umfang einer Reform auch nur in Ansätzen erkennbar sind.
17	Kürzung bei flexibilisierten und disponiblen Ausgaben	1,5	2,5	3,07	3,14	Eine Vielzahl einzelner Kürzungen, die sich erst nach eingehender Analyse bewerten lassen.
	<i>nachrichtlich: davon BMVg</i>	<i>0,6</i>	<i>1,1</i>	<i>1,3</i>	<i>1,3</i>	
18	Streichung von 10.000 Stellen im Bundesdienst	0,3	0,3	0,3	0,3	Diese erhebliche Kürzung wird die seit vielen Jahren stetig reduzierte Verwaltung in ihrer Arbeitsfähigkeit beeinträchtigen. Schon in 2009 mussten die Bundesministerien insgesamt knapp 42 Millionen Euro für externe Berater ausgeben – diese Kosten werden zunehmen, wenn eigene Experten noch stärker fehlen werden.
19	Streichung der gesetzlich vorgesehenen Wiedereinführung des vollen Weihnachtsgelds	0,5	0,5	0,5	0,5	Luftbuchung? Diese Maßnahme ist innerhalb der Koalition hoch umstritten und keineswegs gewiss! Warum sollen gerade Polizisten, Zöllner, Soldaten und Pensionäre mit vielfach sehr kleinen Monatseinkommen ein Sonderopfer tragen?
20	Verschiebung Berliner Schloss auf 2014	0,1	0,1	0,2		Die behaupteten Zinsersparnisse sind bislang nicht belegt. Außerdem drohen erhebliche Mehrkosten durch notwendige Sanierungen der Museen in Dahlem.
21	Zinsersparnis durch Reduzierung der Neuverschuldung	0,5	1,0	1,5	2,0	Ersparnis? Zinsausgaben steigen von 36 Mrd. Euro in 2011 auf 48 Mrd. Euro in 2014.
	<b>Summe</b>	<b>11,2</b>	<b>19,1</b>	<b>23,7</b>	<b>27,6</b>	